

Posener Zeitung.

N^o 109.

Sonnabend den 12. Mai.

1849.

Inland.

Berlin, den 11. Mai. Der Rechtsanwalt und Notar Wenzel zu Krossen ist auf seinen Wunsch in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Sorau versetzt und dagegen der bisherige Appellationsgerichts-Referendarius Scheurich zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Krossen und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. d. O. ernannt worden.

Se. Excellenz der Ober-Burggraf im Königreich Preußen, von Strunne, ist nach Trebnitz abgereist.

Berlin, den 11. Mai. Der heutige Staats-Anzeiger publicirt ein auf Grund des Artikels 105. der Verfassungsurkunde in Ausführung des Artikels 110 der Verfassungsurkunde erlassenes Gesetz über den Belagerungszustand.

Posen, den 11. Mai. Nachrichten über Breslau vom 9. Mai c.: Die Ruhe in Breslau ist bis zum Nachmittage des 9ten d. Mts. nicht gestört worden. Die seit 2 Uhr Nachmittags des 8ten d. Mts. begonnene Abnahme der Gewehre hat guten Fortgang. Von 6504 an die Bürgerwehr verausgabten Gewehren sind circa die Hälfte an jenem Tage abgegeben worden.

Den 10ten d. Mts. früh 9 Uhr findet das militairische Begräbnis der geliebten und später verstorbenen

2 Offiziere,
2 Unteroffiziere und
2 Gemeine (nicht 52, wie gestern durch ein Versehen gemeldet wurde)

statt. Die erschossenen Auführer werden am frühen Morgen desselben Tages beerdigt werden.

Berlin, den 8. Mai. Gegen den Buchhändler Löwenherz ist eine Untersuchung wegen der Herausgabe eines „Allerneuesten Extrablattes über Dresden und Paris“, in welchem es unter Anderem heisst, daß die Preussischen Truppen in Dresden zum Theil gänzlich ausgerieben seien, eingeleitet worden. Ferner wurde gestern auf Befehl des Generals v. Wrangel die neueste Preussische Zeitung (Verlag von Fr. Reichard), sowie sämtliche Extrablätter über Dresden, welche bei Löwenherz erschienen sind, „und noch erscheinen werden“, verboten. Die vorrätigen Exemplare der neuesten Preussischen Zeitung wurden in allen Buchhandlungen durch die Polizei konfisziert, namentlich dem Buchhändler Lassar, dem der Hauptdebit übertragen ist, 40 Exemplare fortgenommen.

Außer den früher genannten Füsiliersbataillonen gingen gestern früh auch Pioniere und Artilleristen nach Dresden, dieselben nahmen mehrere Kisten Handgranaten mit sich hinüber.

Der oft genannte Royalistenbund wird am nächsten Mittwoch im Gesellschaftshause seine erste Generalversammlung halten. Dem Vernehmen nach können dazu auch Fremde durch Mitglieder eingeführt werden.

C.C. Berlin, den 9. Mai. Die Besorgnis vor einem neuen Wahlgesetze zur 2. Kammer entlockt der National-Zeitung in ihrer gestrigen Nummer ein Geständnis, welches wir von dieser Seite nicht erwartet hatten. Sie erkennt an, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel in seinen bisherigen Handlungen innerhalb der durch die Verfassung gesteckten Grenzen sich gehalten habe und erst durch Erlaß eines solchen neuen Wahlgesetzes darüber hinausgehen werde. Je unbegreiflicher und ungerechtfertigter uns und der Majorität im Lande nun nach diesem Geständnisse die maasslosen Angriffe der National-Zeitungspartei auf das Ministerium erscheinen müssen, mit um so größerer Besorgnis sehen wir dem Erlasse des verhängnisvollen Gesetzes entgegen, weil dadurch erst den Feinden der Ordnung und der gesetzlichen Freiheit eine scharfe Angriffswaffe in die Hand gegeben wird. Die Nothwendigkeit einer Abänderung des Wahlgesetzes haben wir nie in Frage gestellt; im Gegentheile, wir haben ihr beständig das Wort geredet, weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß mit einer aus unbefränktem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangenen Kammer eine vernünftige, starke Regierung nicht möglich ist. Das Land wird entweder beständigen Ministerwechseln ausgesetzt sein oder durch unaufhörliche Kammerräufungen in einer ewigen Wahlhegagb sich befinden. Beides kann nur zum Unglücke des Landes ausschlagen. Wie sehr wir demnach auch für eine Aenderung des Wahlgesetzes sind, wie sehr wir fürchten, daß zum dritten Male das Glück des Landes auf's äusserste blamirt wird, so sehr würden wir es dennoch bedauern, wenn das neue Gesetz auf nicht verfassungsmässigem Wege entstehen sollte.

Die Partei des rechten Centrums der aufgelösten 2. Kammer scheint selbst zu fühlen, daß sie durch die balancirende Stellung, welche sie einnahm, in eine isolirte Lage gerathen ist. Sie möchte sich aber doch gewaltig irren, wenn sie durch fortwährende Opposition gegen das Ministerium, vorzüglich aus dem Verhalten desselben in der deutschen Frage hergenommen, von der einen oder andern Seite her sich verstärken zu können glaubt. Die Deutsche Frage wird in diesem Augenblicke so zum offenbaren Nachtheile des Volkes von der Demokratie ausgebeutet, daß die Besonnenen und Geseßlichen im Lande sich sehr bald mit Widerwillen von ihr abwenden werden. Oder glaubt man, daß die Conventsstellung, in welche das Frank-

furter Parlament mit nicht geringerer Unbesonnenheit als Vermessenheit sich hinaufgeschraubt hat, daß die Ereignisse in Dresden und Leipzig, daß die Dinge, die in Rheinbaiern sich vorbereiten, eine andere Folge haben werde. Dem Deutschen Volke ist nur eine Wahl geblieben, entweder sich an seine Regierung anzuschließen oder durch die rothe Republik sich bezimern und plündern zu lassen. Die Furcht, daß durch die Regierungen die Freiheit und die Einheit Deutschlands gefährdet werde, theilen wir nicht; denn der Geist der Zeit, wenn er einmal in Fluß gekommen, läßt sich nicht aufhalten, aber er muß, wenn er nicht durch Ueberschwemmung vernichtet soll, wohlthätig eingedämmt werden. — Daher, um mit den Herren vom rechten Centrum zu reden, warnen wir aufrichtig, bevor es zu spät ist!

Berlin, den 9. Mai. Der Stand der Angelegenheiten in Dresden war bei Abgang des heutigen Morgenjuzes folgender:

Die Truppen waren Herren der wichtigsten Positionen der Stadt. Die Post war durch einen nächtlichen Ueberfall morgens 4 Uhr genommen. Im Besitz der Insurgenten befand sich nur noch der Altmarkt nebst Kreuzkirche, die Schlossgasse und Wilsdruffer Gasse. Der Zuzug der Preussischen Truppen, von denen 1100 Mann bis gegen 11 Uhr, die übrigen 1900 Mann bis gegen Abend eintreffen sollten, wurde noch erwartet, um dann mit einem entscheidenden Angriff vorzugehen. Unmittelbar nach der Einnahme der Post wurden 10 Schuß aus 12 Pfündern auf die Eckhäuser gerichtet. In der Umgegend bewegten sich geschlossene Patrouillen, die nicht blos den Zuzug verhindern, sondern auch die Flüchtlinge aus Dresden auszugreifen im Stande waren. Der Bürgermeister von Weissen, ein Hauptagitator, wurde des Nachts durch ein kleines Detachement aufgehoben. Der Kampf wurde mit großer Erbitterung geführt; Preussischer Seits sind bei dem Sturm auf die Post 3 Tode 7 Verwundete, sächsischer Seits 2 Tode 14 Verwundete; auch die Insurgenten verloren bei dieser Affaire eine größere Anzahl an Todten; in einem einzigen Hause, das hartnäckig vertheidigt und von den Sachsen erstürmt wurde, blieben 22 Insurgenten. Die Insurgenten hatten ein Haus im Innern der Stadt angezündet. Die Gemälde-Galerie ist nur wenig beschädigt; eine Madonna von Morillo unter anderen soll durch Kugeln verlegt worden sein. Heute Morgen endlich ist durch königliche Ordre unter Kontrassignatur des gesamten Staatsministeriums der Kriegszustand für Dresden und dreizehn umkreis proklamirt. Die gefangenen Insurgenten werden daher von jetzt ab von Kriegsgerichten gerichtet werden. Das Einbringen von 80 Gefangenen hat vorgestern in der Neustadt unter den Truppen die höchste Erbitterung erregt, zumal die preussischen Soldaten wohlbekannte Barrikadenhelden vom 18. März unter ihnen erkennen wollten, namentlich einen galizischen Geistlichen. (D. R.)

Berlin, den 10. Mai. Auf Anordnung des Justizministers Simons wird der erste vor den hiesigen Äußen zu verhandelnde Prozeß die Anklage gegen den Schriftsteller Robert Springer wegen Majestätsbeleidigung sein. Das Verbrechen findet der Staatsanwalt in einem von den Angeklagten verfaßten Artikel „den Tyrannen“ in der Heldischen Locomotive. Die nachfolgenden Prozesse betreffen gleichfalls Preßvergehen.

Berlin, den 10. Mai. Im Royalistenverein, oder, wie er sich selbst nennt, im „Freibund für König und Vaterland“, fand gestern Abend abermals die Aufnahme neuer Mitglieder statt; es hatten sich 40 von hier und 110 von außerhalb gemeldet. Die Aufnahme geschah, wie gewöhnlich, in einem schwarz und weiß decorirten Zimmer unter großen Ceremonien. Auf einem Altar erblickte man brennende Wachlichter, gegenüber an der Wand die Bildnisse des Königs und des Prinzen von Preußen. Nach vorheriger Einführung durch Mitglieder erfolgte der Einlaß der Neuanzunehmenden in das Allerheiligste. Das vollständige Quartett eines verborgenen Sängerkors empfing sie. Der Präsident prüfte darauf die politischen Grundsätze der Kandidaten, und die Statuten wurden ihnen vorgelesen. Nachdem ihnen alsdann auf den eigentlichen Zweck des Vereins: sich fest um den Thron zu schaaren und dem Könige treu mit Gut und Blut zu dienen, das feierliche Gelöbniß mit Wort und Handschlag abgenommen war, wurden ihnen die Statuten des Vereins und eine weiße, schwarzgeränderte Karte als Legitimation der Mitgliedschaft behändigt. Heute Abend findet, wie schon gemeldet, eine Generalversammlung der Mitglieder im Gesellschaftshause statt, ohne daß der Belagerungszustand ihnen darin hinderlich zu sein schiene. Es sind dazu auch Ehrenmitglieder durch besondere Karten eingeladen worden. Der Verein zählt bereits mehrere tausend Mitglieder. Neue Meldungen zur Aufnahme gehen an den Direktor Mehrlich, Kunsthandler Kuhr und den Geheim-Sekretair Habel.

Berlin, den 10. Mai. Die Einkleidung des Berliner Garde-Landwehr-Bataillons geht in Potsdam, die der beiden Berliner Provinzial-Landwehr-Bataillone in Spandau in der größten Ruhe und mit einer Ordnung vor sich, wie sie bisher bei den Versammlungen zur Uebung fast nirgends vorgekommen ist.

Der königl. Regierung ging gestern Abend schon aus Dresden, 9. Mai Mittag, folgender amtliche Bericht zu. Die Altstadt ist heute Morgen von den Truppen mit der Gewalt der Waffen ein-

genommen worden. Alle Unterhandlungen sind, nachdem der bedauerliche Kampf so weit gediehen war, von der Regierung zurückgewiesen worden. Die Truppen wurden als Befreier begrüßt und Preussische und Sächsische Soldaten von den unglücklichen Einwohnern mit Jubel umarmt. Die näheren Einzelheiten können erst später berichtet werden. Das Einverständnis der Preussischen und Sächsischen Truppen war ununterbrochen das herzlichste. Von Baugen ist die Nachricht eingegangen, daß General Holleben dort mit 1200 Mann eingetroffen ist; derselbe kann daher in 2 Stunden hier sein.

Thorn, den 5. Mai. Heute um 11 Uhr Vormittag wurde in der Stadt Feuerlärm gemacht; bald darauf heisst es, der Brückenkopf brennt und leider beständig sich diese Nachricht. Das Feuer, welches in dem linken Flügel der dreiflügeligen Kaserne ausbrach, wurde durch den starken Wind bald auf die andern Flügel übertragen, und ein gewaltiges Feuermeer lag in wenig Augenblicken vor unsern Augen. Das Dach der Kaserne war mit Zink gedeckt, auf dem linken Flügel arbeiteten Klempner; gegen 10 Uhr verließen diese ihre Arbeit; noch war nichts von dem Feuer zu sehen, da gerade um diese Zeit das Regiment vor der Kaserne vorbeimarschirte und die Brücke nach der Stadt hin passirte. Auf den oberen Räumen der Kaserne befanden sich die Vorräthe an Waffen, circa 800 neue und außerdem 50 thoubenische Gewehre, zwei Garnituren Beinkleider und auf der Bataillonskammer daselbst 6000 Ellen Tuch, 4000 Leinwand und für 3 Compagnien sämtliche Feld-equipagestücke. Kon den Kasernengebäuden ist nur das Dach mit dem Sparrenwerk, nächst dem aber das Kehlblockhaus des Brückenkopfs in Asche gelegt. Wenn schon an sich dieses Ereigniß für die Bewohner Thorns ergreifend war, so steigerte sich der Schrecken zum höchsten Grade durch das Bewußtsein, daß etwa 150 Schritt von den brennenden Gebäuden sich ein Kriegspulvermagazin mit 4 bis 500 Centner Pulver befand, dem der Wind nur in geringer Abweichung die Flamme zutrieb. Mehrere Male verbreitete sich der Ruf, das Pulvermagazin ist in Gefahr und manches bleiche Gesicht, selbst unter den mit Rettung beschäftigten Soldaten, wurde sichtbar. Gegen halb 3 Uhr war jedoch auch diese Angst überstanden, da bis zu dieser Zeit bei dem heftigen Winde das Holzwerk des Sparrenwerks verzehrt und auf die Bombenbalken nieder gefallen war. Jetzt 7½ schwellt das Feuer fort, doch bei der Thätigkeit des Militärs und den vorzüglichen Löschgeräthen ohne Gefahr. (Br. Woch.)

Köln, den 7. Mai. Seit Abend von Neuss hier angelangte Reisende berichten, daß dort am heutigen Tage das Zeughaus erstürmt und der Landwehrmajor zur Flucht genöthigt worden. (Von Düsseldorf ist bereits eine Abtheilung Militär nach Neuss abgeschickt worden.) Auch in Crefeld soll es Unruhen gegeben haben.

Köln, den 8. Mai, Mittags. Die Einladung zu der heutigen Versammlung Rheinischer Gemeinde-Verordneten hatte, wie bei der bedrohlichen Lage vorauszu sehen war, allenthalben in der Provinz den besten Anklang gefunden. Ueber 500 Gemeinde-Verordnete sind heute hier anwesend, von denen der größte Theil bereits gestern Abends hier eingetroffen und zu einer Vor-Versammlung in Deutz vereinigt war. Gleich im Beginne der eigentlichen Verhandlungen erklärte auf den Antrag eines Mitgliedes die Versammlung fast einmüthig, daß sie das von der königl. Regierung zu Köln erlassene Verbot als dem in der Preussischen Verfassung zugesicherten freien Versammlungs-Rechte widersprechend erachte, und gab dem Beschlusse des Kölner Gemeinderathes vom 2. Mai in Bezug auf jenes Verbot ihre vollste Zustimmung. Von vielen Seiten erfolgten nun Anträge der verschiedensten Art, und wurde zuletzt beschlossen, dieselben einem aus der Mitte der Gemeinde-Verordneten zu wählenden Ausschusse zur Bearbeitung einer Vorlage, entsprechend dem Sinne der Versammlung, wie er sich bis dahin geäußert, zu überweisen und zu diesem Zwecke die Sitzung auf eine Stunde auszussetzen. Dies ist eben erfolgt.

Crefeld, den 7. Mai. Die Bewegung für die Reichsverfassung und gegen das Ministerium Brandenburg geht immer weiter. Wir haben dabei heute einzelne Auftritte erlebt, deren Ausgang wir nur bedauern können. — Gestern fand in unserem Schauspielhause eine äußerst zahlreich besuchte, durch starke Zuzüge aus der Nachbarschaft noch bedeutend vermehrte Versammlung sämtlicher Landwehrmänner und Reservisten der Gemeinde Crefeld statt, um gegenüber der drohenden Lage des Landes und einer möglichen Einberufung gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Die Stimmung in der Versammlung war eine äußerst aufgeregte, doch blieben weitergehende Anträge, wie z. B. „auf dem heutigen Appell nicht zu erscheinen, bewaffnet nach Frankfurt zu ziehen“, in der Minorität. Dagegen wurde fast einstimmig beschlossen, auf dem heutigen Appell die feierliche „Erklärung“ abzugeben, „daß die Verfügung stelle, einer Einberufungs-Ordre des preussischen Ministeriums aber nicht Folge leisten werde. Unter diesen Auspicien sollte nun das alljährliche Antreten des ersten Aufgebots der Landwehr heute statt finden. Auf dem Friedrighsplatze versammelten sich dieselbe und zog von da in geordneten Reihen, mit Ruß und schwarz-roth-goldenen Fahnen an der Spitze, nach dem eine halbe Stunde von hier entfernten Sammelplatze. Leider war hier zu viel Pöbel mit untergelaufen, und dieser hat denn auch die beabsichtigte Demonstration total verdorben. Die Offiziere wurden verhöhnt und der Major gleich mit Scheul und Fischen empfangen. Dreimal forderte derselbe im Namen des Gesetzes die 7. Compagnie

auf, anzutreten, aber vergebens. Brüllen und tumultuarisches Geschrei, welches die Ordnungsliebenden zu unterdrücken nicht im Stande waren, erfolgte jedes Mal zur Antwort. Der Major, dem nur drei Gensd'armen zu Gebote standen, die sich auf Verlangen des Volkes entfernen mußten, hatte keine Mittel zur Verfügung, die Ordnung wieder herzustellen. Er erklärte daher unter Androhung der gesetzlichen Folgen den Appel für aufgelöst und entfernte sich. Aber man ließ ihn nicht ruhig abziehen: Steine und Stöße folgten ihm nach, und ein Stein traf ihn dergestalt an den Kopf, daß er eine bedeutende Verletzung davon getragen hat. Kaum war der Major fort, so fiel man über einen misliebigen Feldwebel her, nahm dessen Helm weg und zerstörte die ihm anvertrauten Compagnie-Papiere. Zu guter Letzt wurde der frühere Zug wieder formirt und mit diesem zur Stadt zurückgeführt. Die Menge hat sich jetzt so ziemlich verlaufen. Ich fürchte, daß wir bald Einquartierung bekommen. — Nachschrift. So eben höre ich von einer bedeutenden Prügelei zwischen Bürgern und der Polizei, bei welcher von der letzteren scharf eingegangen wurde (K. Z.) Elberfeld. In der General-Versammlung der Elberfelder Landwehr am 3. Mai d. J. erkannten alle Anwesenden, Landwehrmänner und Reservisten, daß nur das innigste Zusammenhalten Aller die der Freiheit und dem deutschen Vaterlande drohende Gefahr abwenden könne, und ernannten deshalb ein Comité, bestehend aus den Wehrmännern Hillmann, Pothmann, Kirchberg, Leuser und Jöni zur Entwerfung provisorischer Satzungen, welche das brüderliche Band knüpfen und als maßgebende Richtschnur dienen sollen. Dieselben haben nun die Satzungen beraten und beiläufig festgesetzt. Darin heißt es unter Anderm:

1) Die Landwehr folgt dem Rufe der Nationalversammlung in Frankfurt. 2) Wird eines dieser Mitglieder wegen politischer Handlungen eingezogen, so sorgen die übrigen Landwehrmänner für die hinterbliebene Familie. Zusatz. Sollte der Fall eintreten, daß es nöthig erscheint, die Waffen mitzubringen, so haben es die Chargirten ebenfalls mitzubringen. 3) Die anvertrauten Waffen giebt die Landwehr unter keiner Bedingung zurück.

Dieses haben am 6. Mai d. J. auf der Wilhelmhöhe zu Elberfeld die Deputationen von Schwelm, Hagen, Ronsdorf, Lüttringhausen, Lennep, Hüdeswagen, Solingen, Neuf, Dortmund, Essen, Mülheim a. d. Ruhr ebenfalls einstimmig beschlossen. — Der (heute) am 6. Mai formulierte Beschluß sämtlicher Landwehrmänner und der anwesenden Deputationen lautet wie folgt:

Die Landwehr u. s. w. tritt nicht auf die geschehene Aufforderung des Ministeriums Brandenburg-Mantuffel und Conf. ein, weil sie nach dem Gesetze von 1815 und 1816 keine Gefahr fürs Vaterland zu erkennen vermag, vielmehr erst wissen will, gegen welchen Feind sie die Waffen ergreifen soll. Aus diesem Grunde erkennt sie jede Aufforderung für ungültig und wartet den Befehl der Vertreter des Vaterlandes in Frankfurt a. M. ab; wird sich aber auch jeder bewaffneten Abführung ihrer Mitglieder widersetzen und ihre verbündeten Vereine darin unterstützen, so wie auch jede Unterstützung von allen verbündeten Vereinen zugesagt worden.

Das Comité der Elberfelder Landwehr im Einverständnis mit den benachbarten Deputirten. (Düsseld. Z.)

Münster, den 6. Mai. Der hiesige Magistrat hat durch seine im gestrigen „Westphälischen Merkur“ abgegebene Erklärung, wonach er dem Aufruf der paderborner Stadtverordnetenversammlung seine Anerkennung versagt, und sich förmlich davon losagt, bei allen denen, die es aufrichtig mit der Sache deutscher Einheit meinen, große Erbitterung hervorgerufen. Hatten die Stadtverordneten zu Paderborn auch in so fern einen Fehler begangen, als sie den hiesigen Magistrat nicht vor Veröffentlichung ihres Aufrufs davon in Kenntniß setzten, so durfte doch ein bloßer Formschler nicht hierzu die Veranlassung sein, bei einem Gegenstande, wo es sich um Bestrebungen der reinen und uneigennützigsten Art handelt, wo es darauf ankommt, die unter den betäubenden Kämpfen im Laufe eines nach allen Richtungen tief zerklüfteten Jahres gesammelten Früchte der Freiheit schützend zu bewahren. Es ist deshalb gestern auch hier in einer Volks-Versammlung beschlossen worden, den Magistrat nochmals durch eine besondere Deputation aufzufordern, mit den Paderborner Stadtverordneten Hand in Hand zu gehen, und es dürfte die morgende Sitzung, wo die Sache zur Sprache kommen wird, leicht eine auch von außen her stürmische werden.

Schleswig, den 7. Mai. Nach gestern vom Norden gekommenen Nachrichten ist die Stadt Ripen nunmehr wirklich von Reichstruppen besetzt, angeblich von einem Bataillon Sachsen. Die Dänen haben nun auch Silt geräumt, wahrscheinlich aus Furcht vor unsern Kanonenböten, so daß jetzt keine der Nordsee-Inseln mehr von ihnen besetzt ist. — Von den Kanonen Christian VIII. sind bereits 10–12 aus der See hervorgeholt; von Arnis aus sind mehrere der größten Schiffe auf desfallsige Ordre glücklich nach dem Eckernförder Hafen gelangt, ohne von den Dänen bemerkt zu werden; dieselben sollen bei der Bergung dort verwandt werden.

General Pittman verlegte bereits am 5. d. sein Hauptquartier nach Kolding; gestern Morgen haben sich die Reichstruppen in Bewegung gesetzt, die Preußen die jütische Grenze westlich von Kolding überschritten. Die ersten Abtheilungen der Preussischen Division standen gestern Mittag bei Hørthe jenseits der Kolding-Bue. Gleichzeitig rückten die Bayern aus Hadersleben aus gen Norden und wurden von den nachrückenden Sachsen abgelöst. Man erwartete, daß heute Morgen sämtliche Truppen von Kolding und Umgegend aus vorrücken würden. — Die Positionen im Sundewittschen sind von der unter dem Befehle des hiesigen General-Lieutenant Bauer stehenden Division des 2. Aufgebots eingenommen worden.

Hadersleben, den 7. Mai. Alles erwartet jetzt mit gespannter Sehnsucht Berichte aus dem Norden, zumal, da man unserer letzten Mittheilung nach, die sich vollkommen bestätigt, mit jeder Minute wichtigen Ereignissen entgegenzusehen berechtigt ist. Der bis jetzt nach Norden vorgedrungene größere Theil der Reichstruppen steht jetzt nicht nur in Jütland, sondern ist im unaufhaltsamen Vorrücken begriffen; alle Waffengattungen sind zur Genüge vertreten. Bei Weile steht die feindliche Kavallerie, ungefähr 20 Eskadronen stark; die übrigen Dänen sind in und um Fredericia konzentriert.

Hannover, den 7. Mai. Die sechs Mitglieder der allgemeinen Landesdeputation, gefolgt von den zwei bis dreihundert Mitabgeordneten, verfügten sich Nachmittags in ruhigem Zuge nach dem Palais. Die Bürgerwehr und das dort anwesende Volk empfingen sie mit lautem herzlichen Zuruf. Im Palais erklärte der

Flügel-Adjutant den Herren: Majestät werde die Deputation nicht annehmen, sie könnten jedoch ihre Wünsche schriftlich überreichen. „Dazu sind wir nicht hergekommen und nicht ermächtigt“, erwiderte Bueren, der Sprecher der Deputation. Sie verließen das Palais, versammelten sich im Remisshofe und beschloßen, einen permanenten Ausschuß von 6 Mitgliedern niederzulegen. Heute Abend erfolgt die Wahl, deren Resultat wir baldigst mittheilen werden. — Die Stadt ist den ganzen Tag über vollkommen ruhig geblieben.

Hannover, den 7. Mai. Die Hannov. Ztg. meldet vom heutigen Tage um vier Uhr Nachmittags: „Der Aublick der Straßen ist lebhaft, wie an Markttagen gewöhnlich. Die Haltung der Stadt und Bürgerschaft ist ruhig. Die Volks- und anderen Vereine haben durch Plakate in begütigendem Ton zum Volk gesprochen; Bürgerwehr schützt die Hauptpunkte der Stadt, Lein- und Marktstraße. Nirgends ist die Ruhe gestört.“

Braunschweig, den 8. Mai. Gestern wurde von Einzelnen mit der größten Bestimmtheit behauptet, der Herzog habe alle Schritte in der Deutschen Frage widerrufen, dem Ministerium Vorwürfe gemacht über dessen zu entschiedenes Auftreten in dieser Beziehung. In Folge davon seien die Minister abgetreten. Kein Wort von alledem ist wahr, Alles ist leere Erfindung.

Frankfurt a. M., den 6. Mai. 211. Sitzung der deutschen Reichsversammlung. (Schluß.) Eine große Anzahl von Verbesserungs- und Zusatz-Anträgen wird übergeben, fast sämtlich von Mitgliedern der Linken. Nur einer kommt von Herrn Haubenschmied, Mitglied der Rechten, welcher präjudizell ist und von jeder Beschlußnahme absteht. Von den äußerst erregten Debatten läßt sich in Kürze kein Bild geben. Wir beschränken uns daher auf das Resultat der Abstimmung.

Zur ersten Abstimmung gelangte der präjudizelle Antrag des Herrn Haubenschmied auf Tagesordnung. Unter großem Gelächter erheben sich etwa 30 Mitglieder. Es kommt die Reihe an die extremen Anträge der äußersten Linken: auf Erlassung eines Aufrufes an das Deutsche Volk, sich zu bewaffnen, die rebellischen Fürsten zu entsetzen, provisorische Regierungen einzurichten u. s. w. Sie werden sämtlich verworfen. Ebenso die Nr. 1, 2, 3, 5 und 6 des ersten Minoritäts-erachtens. Ueber Nr. 7. des ersten Minoritäts-erachtens: „Aufruf an das Deutsche Volk“ wird namentlich abgestimmt. Es wird mit 255 gegen 138 Stimmen abgelehnt. — Hierauf wird das Majoritäts-erachten zur namentlichen Abstimmung gebracht. Der Antrag der Majorität wird mit 190 gegen 188 Stimmen angenommen. — Hierauf gelangen jene Anträge zur Abstimmung, welche eine Beidigung auf die Reichsverfassung verlangen. Zur namentlichen Abstimmung gelangt zuerst das erste Alinea des Minoritäts-erachtens 3. in folgender, vom Antragsteller abgeänderter Fassung: „Die Nationalversammlung beschließt die provisorische Suspension des §. 14 und §§. 191 und 193 der Reichsverfassung.“

Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten haben sofort die Beidigung der Beamten des Militair- und Civilstandes auf die Reichsverfassung und die sie ausführende Reichsgewalt in folgender Form vorzunehmen: „Ich schwöre Treue der deutschen Reichsverfassung und Gehorsam der sie ausführenden Reichsgewalt.“

Der Antrag des Abg. Simon wird mit 241 gegen 133 Stimmen abgelehnt. (Auf der Linken heftiges Lärmen: Psi!) Die ursprüngliche Fassung des ersten Alinea's des Minoritäts-erachtens 3. wird gleichfalls abgelehnt. Eben so das Minoritäts-erachten 2. des Abgeordn. Benedek. (Heftiger Lärm Links: Psi.)

Ueber den ersten Satz des Alinea 8 des ersten Minoritäts-erachtens wird namentlich abgestimmt. Dieser Satz lautet: „Die Nationalversammlung fordert sämtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einschluß der Bürgerwehren sofort auf die Reichsverfassung zu vertheidigen.“ Dieser Satz wird mit 221 gegen 235 Stimmen abgelehnt. (Psi! auf den Galerien.) Der Vorsitzende verweist dieselben zur Ordnung. Widerspruch von den Galerien. Ruf auf der Rechten und im Centrum: Räumen! Ein ähnlicher Antrag von Wedekind wird gleichfalls abgelehnt. Ein Antrag des Abgeordneten Vogt, die durch die renitenten Regierungen aufgelösten Volksvertretungen aufzufordern, aus eigener Machtvollkommenheit zusammenzutreten, um geeignete Maßregeln zu beraten, wird abgelehnt. Dagegen die Nr. 11., 12. und 13. des Minoritäts-erachtens 1. (Die Linke begleitet die Verkündigung dieser Resultate mit den Aeußerungen ihres Unwillens.) Der Zusatz-Antrag des Abg. Schoder: Alle Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, aufzufordern, aus ihren Truppen ein Reichsheer zu bilden, so wie der Antrag des Abg. M. Wohl werden abgelehnt. Mehrere Zusatz-Anträge auf Beidigung der Reichsverfassung werden gleichfalls abgelehnt. Damit ist die Abstimmung über den dringlichen Antrag des Dreißiger-Ausschusses erledigt.

Der Vorsitzende verliest einen Dringlichkeits-Antrag des Abg. Schütz und Genossen, welcher will, die National-Versammlung erkläre in Bezug auf die Preussische Note, welche einer Kriegserklärung ähnlich sehe, das Vaterland sei in Gefahr und alle Waffenfähigen werden aufgefordert, sich zu bewaffnen, um Gewalt durch Gewalt zurückzuweisen. Die Dringlichkeit wird nicht zuerkannt. — Einem anderen dringlichen Antrage des Abg. Wedekind, welcher will, daß die National-Versammlung erkläre, die ganze Verantwortlichkeit der Folgen des Vetragens der Preussischen Regierung falle auf diese zurück, ferner seien die Bevollmächtigten aller jener Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, nach Frankfurt einzuladen zur Berathung über die in der gegenwärtigen Lage zu treffenden Maßregeln, wird die Dringlichkeit gleichfalls nicht zuerkannt.

Schluß der Sitzung 9½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag, den 7. Mai.

Frankfurt a. M., den 7. Mai. Gestern traf hier Herr Eichorius, Stadtverordneter von Leipzig, hier ein, um die Vermittelung der Reichsgewalt in den sächsischen Wirren in Anspruch zu nehmen.

Auf heute Abend 8 Uhr ist eine Versammlung sämtlicher Bürgerwehrmänner im Wolfs- & anberaumt.

Frankfurt, den 7. Mai. Heute früh brachte die Taunus-Eisenbahn ein Oesterreichisches Infanterie-Bataillon und eine Schwadron Oesterreichischer Reiterei von Mainz, welche sofort hier durch nach Homburg v. d. H. marschirten, wo die Schließung der Spielbank Anruhen veranlaßt haben soll. Es wäre ein Gran Komik in

dieser ersten Zeit, wenn es sich bestätigte, daß die Homburgische Nation Barrikaden gebaut hätte zum Schutze ihrer Bank. Gifshundert Oesterreicher werden aber jedenfalls genügen, den Rouslette-Saal zu schließen.

Die Ernennung des Vice-Präsidenten der National-Versammlung, Eisenstuck, zum Reichs-Kommissar in der Pfalz, wird heute amtlich bestätigt. Das amtliche Blatt bringt zugleich die Nachricht, daß der bekanntlich bereits vom Reichsministerium zur Entgegennahme der Erklärungen der Sächsischen Regierung nach Dresden abgesandte Reichstags-Abgeordnete v. Waidorf zum Reichs-Kommissar in Sachsen ernannt ist.

München, den 5. Mai. Die vom Staatsministerium des Krieges angeordnete Einberufung sämtlicher Beurlaubten, zum Zwecke der Herstellung der bairischen Armee auf den Kriegsfuß ist in Folge eines Beschlusses im jüngsten Ministerrath wieder zurückgenommen worden.

Dresden=Neustadt, den 7. Mai. Nachstehende Aufforderung wird hier in alle Häuser geschickt. Auch sie trägt zur Charakterisirung unserer Zustände bei:

Sämtliche Hausbesitzer und Miethbewohner der Neu- und Antonstadt, sowie der Scheunenhöfe haben nach Kräften für die hier stehenden Truppen kalte oder warme Speisen des schleunigsten zu beschaffen und solche unversumt in das Blockhausgäßchen zu schicken. Auch für die nächstfolgenden Tage ist die Wiederholung dieser Lieferung erforderlich. Sobald die Nothwendigkeit dazu aufhört, wird dies vom Gouvernement bekannt gemacht werden. Diese Speisen sind zu liefern, unbeschadet der für die bereits erhaltene oder angelagte werdende Einquartierung. Man erkennt die Bereitwilligkeit an, mit welcher gestern von vielen Seiten der Weisung des Gouvernements nachgekommen wurde; indeß mußte man wahrnehmen, daß trotzdem viele Hausbesitzer und Miethbewohner solche nicht befolgt haben. Es sind alle Namen Derjenigen genau gekannt, welche Speisen abliefern. Saumfellige haben es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn Seitens des Militairs die Speisen ohne Weiteres von ihnen abgeholt werden. Dresden, den 7. Mai 1849. Königl. Militair-Gouvernement von Dresden. Von Schulz, General-Major.

Dresden, den 8. Mai, Mittags. Die Eernirung der innern Stadt ist auf heute festgesetzt. Die ganze Moritzstraße ist mit Durchbrechung der Wände der Häuser gestern noch nach schwerem Kampfe genommen worden. Einer der Anführer des Volkes, Vöttcher, von Chemnitz her bekannt, ist am Neumarkt auf den Tod verwundet worden. Vom Jüdenhof aus rückt das Militair, die Mauern durchbrechend, die Schloßergasse entlang gegen die Schloßgasse vor, die den Truppen bisher so verderblich gewesen; so werden die von Freiburger Bergleuten bei den Barrikaden gezogenen Gräben wohl nicht viel nützen. Nach Friedrichstadt, der Pirnaischen und Wilsdruffer Vorstadt findet viel Zuzug aus dem Lande statt. Friedrichstadt, auch durch die Weiserer schon getrennt von der Altstadt, ist noch durch viele Barrikaden stark geschützt.

Dresden, den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr. Die Stadt ist so eben genommen, also am 7. Tage des Kampfes. Was von den Räubersführern entkommen konnte, ist geflohen. Die freie Cirkulation in den Straßen beginnt wieder, die Barrikaden werden abgetragen, die ausgerissenen Schleißen bedeckt. Zahlreiche Gefangene werden eingebracht, meist jugendliches Gesindel, die Erbitterung der Truppen ist aufs höchste gestiegen und kaum entgehen die Gefangenen dem schnellen Tode. Gestern Abend wurde durch Plakat verkündet, daß von heute Abend 6 Uhr an Dresden und 3 Meilen im Umkreis in Kriegszustand erklärt sei. Generalmajor v. Schindling kommandirt. Der endliche Sieg der Truppen wurde in dieser Nacht dadurch vorbereitet, daß man von mehreren Seiten zugleich vorging und so die Post, die Wilsdruffer Gasse und das Café Français genommen wurden. — Seit 9 Uhr weht nun die weiße Fahne vom Kreuzthurm. — Der Kommandant der Insurgenten, Prinz (sonst Oberst-Lieutenant in Griechischen Diensten), und der Abgeordnete der 2. Kammer Röckel sind gefangen, ob die provisorische Regierung gefangen, konnte ich noch nicht ermitteln; wahrscheinlich fand am frühen Morgen eine allgemeine stille Retirade statt.

Leipzig, den 8. Mai. Ein heute hier angeschlagenes Plakat lautet: An die Bürgerschaft Leipzigs. Die Studentenschaft hiesiger Stadt ist von den Behörden aufgefordert worden, die in den letzten Tagen erschöpfte Kommunalgarde zu unterstützen. Ein Theil der Studentenschaft ist dieser Aufforderung nachgekommen. Wir Unterzeichneten dagegen antworten auf dieselbe folgendes: Wir verabscheuen jeden, das Eigenthum und die Sicherheit der Person — diese Heilighümer der bürgerlichen Gesellschaft — gefährdenden Straßenstandal, und sprechen daher unsere Entrüstung gegen die Erzeße der letzten Nacht um so entschiedener aus, je mehr sie die lautere Begeisterung für die heilige Sache der Deutschen Nation entwürdigen. Andererseits aber müssen wir als unsere tiefste Ueberzeugung aussprechen, daß diese aus reinerer Quelle entsprungene Bewegung durch die Mißgriffe der Behörden in diese unheilvolle Bahn geleitet worden ist. Die Behörden hatten durch die offizielle Anerkennung der Reichsverfassung zugleich die Verpflichtung übernommen, für dieselbe mit allen Kräften einzustehen. Die Behörden sind diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Die Behörden billigten weder die Schritte der alten, noch erkannten sie die Berechtigung der provisorischen Regierung an. Sie gewährten den Kampfthätigen freie Fahrt nach Dresden und machten diese Gewährung durch Verweigerung von Waffen illusorisch; noch mehr, sie ließen die sich immer häufiger und dringender wiederholenden Forderungen nach Waffen durch Gewalt unterdrücken. Im Namen unserer für die Freiheit schon blutenden Brüder fühlen wir uns verpflichtet, für diese Unentschiedenheit und Halbheit der Behörden, bewaffnet nicht einzustehen. Leipzig, den 7. Mai 1849. Im Namen von 139 Studenten: Franz Roth. Eduard Mätzig. Wilhelm Päckert. S. Goldstandt. Franz Oberth.

Kaiserslautern, den 4. Mai. Der Landesvertheidigungsausschuß der Pfalz hat an die Befehlshaber der Volkswehren folgendes Schreiben erlassen:

Wir theilen Ihnen die unter Heutigem gefassten Beschlüsse nachstehend zur Einsicht und Darnachachtung mit: Der Landesvertheidigungsausschuß der Pfalz beschließt auf den Antrag der dahier unter Heutigem Tage versammelt gewesenen Abgeordneten der Volkswehr: 1) Der Schweizer General Dufour wird zum Oberbefehlshaber der Pfälzischen Volkswehr ernannt, und sofort brüchlich ersucht, sich über die Annahme der Befehlshaberstelle zu erklären. 2) Die durch den Congreß der Volkswehr dem Landesvertheidigungsausschuße zur Unterstützung bei den Verathungen über die Organisation der Volksbewaffnung beigegebenen Volkswehrmänner 1) Philipp Heins aus Zweibrücken; 2) Dr. Hitzfeld aus Kirchheimbolsheim; 3) Tabakfabrikant Traut aus Landau, sind ohne Verzug einzuberufen. 3) Die Befehlshaber der Volkswehr in den einzelnen Gemeinden haben ihre Mannschaften folgenden Eid leisten zu lassen: „Ich schwöre: das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schützen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie mit Gut und Blut zu vertheidigen. So wahr mir Gott helfe!“ Geschehen zu Kaiserslautern, am 3. Mai 1849. Mit brüderlichem Grusse! Der Landesvertheidigungsausschuß. Dr. Sepp. Reichard. Dr. Greiner. F. Fries. H. Didier.

Der Landesvertheidigungsausschuß hat auch eine Ansprache an die übrigen Baiern gerichtet, worin diese ermahnt werden, gleiche Beschlüsse, wie das in Kaiserslautern versammelt gewesene Volk zu erlassen und thatkräftig auszuführen.

6. Mai, 10 Uhr. M. (M. 3.) Gestern ist Landau in Belagerungszustand erklärt worden.

N u s l a n d.

Frankreich.

Paris, den 7. Mai. Während der Moniteur seit drei Tagen ein sehr räthselhaftes Schweigen beobachtete, erhalten wir über Toulon folgende Nachricht: 1ste Schiffspost. „Durch den Veloce, der Civitavecchia am 1. Mai verließ, erfahren wir, daß sich Dubinot mit einem Theile seiner Armee am 28. April von Civitavecchia gegen Rom in Marsch setzte. Ungeachtet der Hindernisse, die man ihm in den Weg gestellt hatte, langte er am 30. April unter den Mauern Roms an. Er schickte den Capitain Dubinot als Parlamentair in die Stadt, die ihn zurück behielt. Unsere Soldaten schritten darauf vorwärts; aber sie wurden von den Häusern, in welchen sich die Italiener und Lombarden verschanzt hatten, mit Schüssen empfangen. Unsere Truppen erwiderten das Feuer; doch hat der Obergeneral sie, als er sah, daß man zu heftigem Widerstande entschlossen sei, bis Castel. Gelido auf vier Stunden zurückziehen lassen. Er wäre gar nicht vorgedrungen, wenn er auch nur den geringsten Widerstand der Italiener hätte ahnen können. Er wird seinen neuen Angriff wagen, bevor er nicht die Verstärkungen aus Frankreich und namentlich Belagerungsgeschütze erhalten hat. Das Gerücht geht, daß wir 600 Mann verloren. Diese Thatsache ist ungenau. Wir haben nur einen einzigen Todten und 25 Verwundete.“ (Zweite Schiffspost.) „Die Fregatte Drénoque verließ Civitavecchia am 2. Mai und bringt uns folgende neue Details über die Lage unserer Expeditions-Armee: Es scheint, daß unsere Truppen, in größeren Haufen versammelt, einen neuen Versuch machten, in Rom einzudringen, und daß sie zum zweiten Male auf heftigen Widerstand stießen. Eine Kompanie der Tirailleurs von Vincennes hatte sich zu tief in die Straße gewagt und man konnte sie nur mit Verlust wieder frei machen. Eine Kompanie des 20sten Regiments wurde durch ein mörderisches Gewehrfeuer, das aus den Fenstern auf sie fiel, ganz niedergeschossen. Man hat auch den Tod eines Artillerie-Kapitains, Adjutanten des Generals Dubinot, zu beklagen. Im Ganzen zählen wir 180 Todte und etwa 400 Verwundete. Unsere Armee hat sich nach St. Paolo, eine und eine halbe Stunde von Rom zurückgezogen.“

(Sentinelle, Toulon vom 4. Mai.)

Vorstehende Schiffsberichte des genannten Blattes stehen im schnurgraden Widerspruch mit der halboffiziellen Note, die das Ministerium gestern Abend an die Patrie sandte und die wir ebenfalls folgen lassen:

Paris, den 6. Mai, Abends 5 Uhr. Nach einer telegraphischen Depesche, welche der Regierung zugeht, setzte sich der General Dubinot nach Rom in Marsch, wohin ihn die Berichte zufolge der Wunsch der Bevölkerung rief. Es scheint jedoch, daß er von Seiten der Fremden (!), die in Rom wohnen, auf einen hartnäckigeren Widerstand stieß, als er dies Anfangs vermuthet. Er hat sich daher in einiger Entfernung der Stadt festgesetzt, wo er den Rest seiner Expeditions-Armee abwartet.

Die Revolutionsfeier des 4. Mai ging in den meisten Städten laut der telegraphischen Depeschen ruhig vorüber. Namentlich flossen in Lyon keine Gassen vor.

Italien.

Nachrichten aus Toulon vom 2. Mai zufolge hatte General Dubinot wegen der in Civita-Vecchia herrschenden Aufregung die 400 dort garnisontirenden Römer entwaffnen lassen. In seinem Marsche nach Rom wurde er am 28. April durch die Zerstörung einer Brücke aufgehalten, hoffte aber dennoch, seinen Einzug am 30. April oder 1. Mai zu halten. In Paris war am 5. Mai das Gerücht im Umlauf, daß zwischen den Expeditions-Truppen und dem römischen Volke ein Kampf stattgefunden habe, der zum Nachtheil der ersteren ausgefallen sei. Am 6. war in Paris keine amtliche Mittheilung über die Ereignisse in den Kirchenstaaten bekannt geworden.

Nachrichten aus Civita-Vecchia vom 28. April zufolge war eine Deputation der Clubs, der Nationalgarde und des Gemeinderathes von Rom dort eingetroffen, um General Dubinot zu erklären, daß Rom entschlossen sei, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und den Quirinal, den Vatican und den St. Peters-Dom, die schon untermittelt seien, in die Luft zu sprengen. Der General erklärte, daß seine Instruktionen sehr bestimmt seien und daß er mit Gewalt oder

im Guten Rom besetzen müsse. Mit Bezug auf den Papst äußerte er, daß derselbe ohne weltliche Macht eine Sklave Aller sein würde. Uebrigens versicherte er, er komme nur, um die Ordnung wieder herzustellen und die von Pius dem Neunten bewilligten Freiheiten aufrecht zu erhalten. Die Deputirten antworteten, man wolle Pius den Neunten nicht, und es werde zum Blutvergießen kommen, wenn man es versuche, ihn mit Gewalt einzusetzen. — Dubinot hat dem Gemeinderathe von Civita-Vecchia verboten, sich zu versammeln, um politische Gegenstände zu verhandeln. Der Präfect Manucci hat feierlich protestirt.

Locales etc.

○ Jarocin, den 9. Mai. Unter dem 20. April c. ist von der Königl. Regierung zu Posen an sämtliche Unterbehörden nachstehende Verfügung erlassen worden: Auf höhere Veranlassung machen wir die uns nachgeordneten Behörden hierdurch darauf aufmerksam, daß es nach dem Erscheinen der Verfassungs-Urkunde vom 5. December v. J. einem Jeden unbenommen ist, Feldarbeiten an Sonntagen und Feiertagen vorzunehmen, ohne daß es dazu einer polizeilichen Erlaubniß bedarf, dieselben haben sich daher künftig der Ertheilung einer solchen zu enthalten.

X Mielzkow, den 9. Mai. So eben ist hier vom Landeswehr-Bataillons-Kommando zu Lissa die Mobilmachungs-Ordre für die Garde-Landwehrmänner des ersten Aufgebots der hiesigen Gegend eingegangen. Der Gefestigungstag ist auf den 14. Mai c. festgesetzt.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Der deutsche Bundesstaat

und die deutsche in Frankfurt am Main beschlossene Verfassung vom 28. März 1849.

Die Einheit Deutschlands und die Kräftigung der deutschen Völkerrämme nach Innen wie nach Außen sind seit einem Menschenalter ein allgemeiner Wunsch. Im Jahre 1848 tritt unter Billigung der deutschen Fürsten und Städte in Frankfurt eine aus ganz Deutschland gewählte Versammlung auf, welche (so lauten die Beschlüsse, auf deren Grund die Versammlung entstand) „das deutsche Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande bringen soll.“ Nach fast zehn Monaten hat sie ihr Werk beendet, und legt Deutschlands Fürsten und Völkern die Verfassung eines Bundesstaates mit einem erblichen Kaiser, mit einem Staatenhaufe und einem Volkshaufe vor.

Gleichzeitig wird Friedrich Wilhelm IV. der Hohenzoller, zum Erbkaiser gewählt, und ihm das Reichsregiment angetragen.

Das alte Kaiserhaus Oesterreich sagt sich von diesem Verfassungswerke los; es will rücksichtlich seiner deutschen Staaten nicht unter einem Bundesstaate stehen, dessen Oberhaupt ein anderer Fürst, ein Hohenzoller ist. Das war wohl zu erwarten. Deshalb sagte schon die Preussische Staatschrift vom 23. Januar c.: wenn es nicht gelänge, ganz Deutschland zu vereinigen, so könne und möge sich doch ein engerer Bundesstaat im größeren Staatenbunde bilden. Dieser scheint nun gebildet und bis zu Preussens Annahme und Zutritt fertig. Da geht Oesterreich noch einen Schritt weiter, es protestirt, es ruft seine Deputirten ab, es sucht zu hindern und zu stören. Damit macht es sich für Deutschland unmöglich, für Deutschland, das es schon seit 30 Jahren mit einem von Oesterreich geleiteten Bundestage, der sich in allen wichtigen Sachen für unbeeinträchtigt erklärte, verabsäumt hat.

Und was thut Preußen? Es zögert, die neue Würde und den dargebotenen großen Beruf anzunehmen. — Das nimmt Viele, auch Wohlgeordnete, Wunder, die schwärmerischen Freunde Deutschlands aber rufen laut: „Das Vaterland ist in Gefahr, und Preußen zögert, es zu retten, zögert — vielleicht aus Rücksicht für Oesterreich.“ Da werden auch die warmen Anhänger des Preussischen Staates und Regentenhauses bedenklich, sie erkennen den Grund der Zögerung nicht, und es liegt nicht im Interesse der Gegner, weder der Oesterreichischen, noch der demokratischen, über diese Gründe Aufklärung zu geben. Wohl sind die Bedenken gegen den Inhalt der deutschen Verfassung vom 28. März 1849 schon in Schriften gründlich und staatsmännisch beleuchtet worden (wir verweisen unter andern auf: „die deutsche Verfassung vom 28. März 1849, mit Anmerkungen von David Hansemann,“ Berlin bei F. Schneider u. Comp. 1849, unter den Linden No. 19), aber sehr viele finden im Drange der Tagesereignisse nicht die Zeit, jene Schriften neben den Zeitungen zu lesen.

So wollen wir es denn versuchen, in wenigen schlichten und leicht überschaulichen Worten etwas zur Erläuterung beizutragen. Wir fühlen uns dazu berufen, weil wir das Zustandekommen des einheitlichen Bundesstaates aufrichtig wünschen, darin einen schönen Beruf Preussens erkennen, und herbeiführen möchten, daß die Annahme der Reichsgewalt für Preußen möglich werde.

Man schlage die Verfassung vom 28. März auf und erwäge deren Inhalt, und man wird sich überzeugen, daß Preußen, ohne sich gegen sich selbst und gegen Deutschland zu vergehen, die Verfassung, so wie sie da ist, und ohne einige Aenderungen nicht annehmen — nicht beschwören kann, weil es dadurch seine selbstständige Existenz, seinen König, seine Armee, seine Verfassung, Gesetzgebung und Finanzen einer Reichsgewalt hingeben würde, die in eine Anarchie oder Republik überfließen kann, aus welcher dann der Preussische Staat nicht wieder herausziehen und herzustellen sein würde.

Man betrachte zunächst den Inhalt der §§. 6. 10. 13. 14. 33. 41. 43. 45. 47. 62. 66. und 194 — (in der amtlichen Ausgabe) — und man wird finden und sehen, daß Preußen, was zu den fünf Großmächten Europa's gehört, und noch Länder besitzt, die Deutschland fremd sind, das Recht des Krieges und Friedens, das Recht des Heerwesens, das Recht, Gesandte und Consuln abzuschicken, das Recht der Zölle, das Recht des Postwesens, das Recht des Münz- und Bankwesens und Papiergeldes

an die „Reichsgewalt“ übergeben und nicht ferner selbstständig ausüben soll. Daß in allen diesen Dingen die Gesetzgebung künftig von der Reichsgewalt ausgehen soll, und daß schon jetzt die Preussische Verfassung und Gesetze nichts enthalten dürfen,

was mit dem Inhalt der Frankfurter Verfassung und Grundrechte vom 28. März im Widerspruch steht.

Voraus besteht aber nun diese Reichsgewalt? — Freilich zunächst aus dem Erb-Kaiser, jetzt in der Person Friedrich Wilhelm IV., aber neben diesem aus einem Staaten- und einem Volkshaufe, welche sehr ausgedehnte Rechte zu üben haben. (§. 85 bis 87 und §. 93 bis 94.) Aber in dem Staatenhaufe ist Preußen keineswegs nach seiner Macht, Größe und Seelenzahl, sondern ganz ungenügend vertreten. Preußen sendet 40 Mitglieder und bringt wenigstens 15 Millionen Seelen in den Bundesstaat. Acht größere deutsche Fürsten und die Stadt Hamburg, welche noch nicht 10 Millionen Menschen im Bunde vertreten, senden 87 Mitglieder; im Ganzen hat das Haus gegen 200 Mitglieder. Preußen bleibt hier also stets in der Minderzahl. Und das Volks-Haus soll nach dem Reichs-Wahl-Gesetz aus allen gemeinen Stimmrecht mit directer und geheimer Wahl hervorgehen. Was ein allgemeines Wahlrecht mit verdeckten Stimmzetteln zu bedeuten hat, wissen wir Preußen wohl, und bei uns gilt doch eine indirecte Wahl durch Wahlmänner.

Bei der Gesetzgebung aber hat, neben diesen Häusern, der Kaiser keine notwendige und vollständige Mitwirkung. Hat der jährlich wiederkehrende Reichstag (§. 104) drei Mal hintereinander denselben Beschluß gefaßt, so wird derselbe auch ohne Zustimmung der „Reichs-Regierung“, das ist des Kaisers, zum Reichs-Gesetz. Dasjenige also, was von diesen Häusern in den oben angeführten Reichs-Angelegenheiten drei Mal beschloffen ist, gilt auch in Preußen als Gesetz, ohne daß sein König es hindern kann.

Ferner ist die Erblichkeit der Kaiserwürde im Hause der Hohenzollern nicht genügend gesichert. Der §. 69 ist so gefaßt, daß — nach der Ansicht tüchtiger und gewiegter Rechtskenner — die Erbfolge des Prinzen von Preußen und seines Sohnes in Frage gestellt werden könnte, da diese nicht aus dem Mannes-Stamme des jetzt gewählten Fürsten abstammen. Mag es auch mit dieser Fassung nicht schlimm gemeint sein, so ist sie doch unklar und die Sache wichtig.

Den Sitz der Reichs-Regierung bestimmt nicht der Kaiser, sondern ein Reichs-Gesetz (§. 71).

In dem Abschnitt über das Reichs-Gericht sind diesem (§. 126) unter a., f. und g. Angelegenheiten zur Entscheidung überwiesen, welche wohl entschieden vor die Staats-Gewalt, vor Kaiser und Reichstag und nicht vor das Gericht gehört. Soll dies in der gleichen Sache entscheiden, so steht es über der Reichs-Gewalt.

Die hier beregten Abschnitte des §. 126 zu a., f. und g. lauten wörtlich: §. 126. Zur Zuständigkeit des Reichs-Gerichts gehören: a. Klagen eines Einzelstaates gegen die Reichs-Gewalt wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maaßregeln der Reichsregierung, so wie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung;

f. Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landes-Verfassung. Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung wegen Verletzung der Landes-Verfassung können bei dem Reichs-Gericht nur angebracht werden, wenn die in der Landes-Verfassung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden;

g. Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerichts und die Art und Weise, dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichs-Gesetzgebung vorbehalten.

Wer wird in diesen Fällen das Erkenntniß vollstrecken, wenn der Kaiser und die Reichs-Gewalt vielleicht selbst die Verklagten und Verurtheilten sind?

Dies hohe Gericht bestimmt aber über seine Zuständigkeit einzig und allein selbst (§. 127). Wie dies Gericht zusammengesetzt und gewählt oder ernannt werden wird, wissen wir noch nicht; es ist dies einem Reichs-Gesetz vorbehalten (§. 128.)

Wir kommen nun zu den deutschen Grund-Rechten, welche, nach §. 194, dem Inhalt der Preussischen Verfassung vorgehen, und diese also in so weit beseitigen. Die Auswanderungs-Freiheit ist ein natürliches und gutes Recht, es muß aber dafür gesorgt sein, daß nicht die Militairpflichtigen auswandern, wenn sie bald eintreten sollen. Dies ist im §. 136 nicht geschehen. Daß die öffentlichen Aemter, allen Befähigten gleich zugänglich sein sollen, ist gewiß gut und löblich, doch erscheint es nothwendig, die Rechte der Militair-Anwärter und der Examinirten, gegenüber denen, die nicht gebildet haben, und nicht geprüft wurden, sicher zu stellen. Auch in Frankreich will man, nach Preussischem Vorbilde, den gutgebildeten Unteroffizieren Vorrechte zugestehen, um der Armee gute Unteroffiziere zu sichern. Enthält aber (§. 137) die Reichsverfassung hierüber nichts, so dürfen auch die Landes-Gesetze nichts enthalten, was dem entgegen ist (§§. 66. 193.)

Nach §. 139 der Grundrechte ist die Todesstrafe, außer in Kriegesfällen und bei Meutereien auf Seeschiffen, abgeschafft. Nach dem Preussischen Recht ist dies bisher nicht geschehen. Ohne hier über diese tiefgreifende Frage aburtheilen zu wollen, so ist doch von vielen praktischen Staatsmännern gefagt worden, daß die Unvollkommenheit des Menschengeschlechtes diese traurige Strafe noch erheische, und es erst dann an der Zeit sein werde, sie abzuschaffen, wenn die Lehren der Religion und die Macht der Sitte den Mord aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet haben.

Der §. 161 befehrt bei Volksversammlungen unter freiem Himmel keine vorhergehende Anzeige. Es ist schwer zu sagen, wie die Behörde gerüstet sein kann, gefährliche Versammlungen zu verbieten, wenn Niemand ihr Anzeige zu machen braucht.

Diese Verfassung nun, die doch wohl wahrlich manches Bedenkliche enthält, soll der Kaiser von vorn hinein — so wie sie jetzt ist — einschließlich der Grundrechte — beschwören, und darf erst, nachdem dies geschehen, die Regierung handhaben (§. 190.) Und die Armeen der deutschen Staaten — also auch die Preussische — sollen dasselbe thun (§. 14), und zwar an erster Stelle. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung geht also der Pflicht gegen unseren König vor.

Eine Aenderung dieser Verfassung aber im konservativen Sinne und zu Gunsten einer festen und starken Reichs-Gewalt, welche ihren hohen und schweren Pflichten genügen kann, ist kaum möglich, denn während sonst zu den Reichstags-Beschlüssen nur Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder und einfache Mehrheit erfordert wird (§. 98), werden zu Aenderungen der Verfassung die Anwesen-

heit von 2/3 der Mitglieder und zweimalige Abstimmung, und die Mehrheit von 2/3 erfordert. (§. 196.) Dem Kaiser aber ist auch hierbei eine vollgültige und entscheidende Stimme nicht gesichert. Wird dreimal dasselbe beschlossen, also z. B.

die Abschaffung der erblichen Kaiserwürde und Einsetzung einer Regentenschaft, so gilt dies auch ohne die Einwilligung des Kaisers, als Reichs-Grundgesetz. — Ein solcher Beschluß müßte aber noch der am wenigsten unmögliche und vielleicht einmal durch beide Häuser zu bringen sein, da er einem demokratischen Volks-Hause und dem Staaten-Hause (in welchem die Einzel-Staaten vertreten werden, und in welchem Preußen in entschiedener Minderzahl stimmt) unter Umständen gleich erwünscht erscheinen könnte.

Was würde nun aus dem Geschlecht der Hohenzollern, aus Preußens Macht und Größe, und aus dem Wohle seiner Bewohner in einem solchen Fall?

Die Wahl zum Volks-Hause des nächsten Reichstages soll nach dem Reichs-Wahl-Gesetz vom 28. März, durch allgemeines, geheimes, direktes Stimmrecht, erfolgen. Eine sicherere Wahl-Art war zwar vorgeschlagen, ist aber schließlich von der Frankfurter Versammlung nicht angenommen worden, ja es wird allgemein behauptet und von Kundigen nicht geläugnet, daß die letzten Beschlüsse jener Versammlung aus einem Abkommen der uneinigten Parteien hervorgegangen seien, bei welchem die demokratische die Kaiserwahl bewilligt habe, nachdem ihr dagegen das suspensive Veto und das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht zugestanden worden war. Außerdem ist es auch noch nicht bekannt geworden, ob (abgesehen von Oesterreich) alle deutschen Regierungen und unter welchen Maßnahmen, sich mit dem Frankfurter Verfassungs-Werk einverstanden erklärt haben.

Kann es bei solchen Verhältnissen wohl Wunder nehmen, wenn die Preussische Regierung zögert, eine Krone anzunehmen, der sie selbst den größten Theil der wirklichen Macht geben soll, und welcher sie ihre Selbstständigkeit, ihre Armee, und die Unabhängigkeit ihres Königs zum Opfer bringen soll. Ist es bei dieser Sachlage nicht die Pflicht der Regierung, einige Bedingungen zu stellen, und namentlich bis zu einer Verbesserung der Verfassung und des Wahlgesetzes die Verabreichung derselben auszusetzen, um das unabhängige Fortbestehen der Preussischen Armee, der Preussischen Verfassung, Gesetze, Finanzen und Verwaltung

sicher zu stellen. Und wenn die Preussische Regierung hieran festhält und festhalten muß, ist es alsdann nicht wünschenswert, daß von allen Seiten willig die Hand zur Verständigung geboten werde, damit es für Preußen möglich wird, wenigstens einen großen Theil von Deutschland unter seine Obhut zu nehmen, und für dessen Wohl und Beruhigung wirksam zu sein?

Wir hoffen, daß dies geschehen werde, und fürchten dann das Scheitern der großen Nachbarstaaten nicht, denn ein einiges Deutschland ist stark genug, sich nach allen Seiten Achtung zu verschaffen. Berlin, den 24. April 1849.

Posen. — Von der gesetzlichen Bestimmung, daß der Bahnhof innerhalb der Festungswerke angelegt werden muß, darf nur in dem Falle abgesehen werden, wenn der innere Raum der Festung so beschränkt ist, daß die Anlage des Bahnhofes sich als ganz unmöglich herausstellen sollte. Bei der Konzession zum Bau des hiesigen, der angeblichen Mehrkosten wegen, außerhalb der Festung verlegten Bahnhofes, hat das Ministerium daher die ausdrückliche Bedingung gestellt: „daß ein Bahnstrang vom Bahnhofe bis in das Innere der Festung geführt werde, um in vorkommenden Fällen, die Lokomotiven und Waggonen in Sicherheit bringen zu können. Diese Bedingung hat die Stargard-Posener Eisenbahn-Direktion noch nicht erfüllt, es dürfte daher wohl an der Zeit sein, dieselbe jetzt dazu anzuhalten, wodurch viele Personen Beschäftigung finden würden, an der es beim Mangel von Privatbauten, dies Jahr wieder sehr fehlt.“

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 13. Mai e. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vm.: Ein Kandidat. — Nm.: Prüfung der Confirmanden.
— Den 17. Mai: Vm.: Hr. Ober-Prediger Hertwig. — Nm.: Herr Prediger Friedrich. — Einsegnung der Confirmanden.
Ev. Petrikirche. Vm. und Nachm.: Ein Kandidat.
— Den 17. Mai: Vm.: Hr. Conf.-Rath Dr. Stedler. — Nm.: Hr. Conf.-Rath Dr. Stedler.
Garnisonkirche. Vm. und Nm. 2 Uhr: Ein Kandidat.
Christkathol. Gemeinde. Vm. und Nm.: Herr Prediger Post.
Evangel. Luth. Gemeinde. Vm. und Nm.: Hr. Pastor Dr. Frank.
In den Pfarreien der genannten Kirchen sind in der Woche vom 4. bis 10. Mai 1849:
Geboren: 3 männl., — weibl. Geschlechts.
Gestorben: 8 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 3 Paar.

Berliner Börse.

Den 10. Mai 1849.		Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe.	5	102	101 1/2	
Staats-Schuldscheine.	3 1/2	78 1/2	78 1/2	
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	3 1/2	—	—	99 1/2
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3 1/2	—	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	5	98 1/2	—	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3 1/2	85 1/2	—	—
Grossh. Posener.	4	—	—	96 1/2
Ostpreussische.	3 1/2	80 1/2	—	—
Pommersche.	3 1/2	—	—	92 1/2
Kur- u. Neumärk.	3 1/2	—	—	93
Schlesische.	3 1/2	—	—	—
v. Staat garant. L. B.	2 1/2	—	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine.	—	—	—	85 1/2
Friedrichsd'or.	—	13 1/2	—	—
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13 1/2	—	12 1/2
Disconto.	—	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)				
Berlin-Anhalter A. B.	4	76	75 1/2	
Prioritäts.	4	87	—	
Berlin-Hamburger.	4	52 1/2	—	
Prioritäts.	4 1/2	91 1/2	—	
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	51 1/2	51	
Prior. A. B.	4	—	82	
Berlin-Stettiner.	5	—	92	
Cöln-Mindener.	3 1/2	—	85	
Prioritäts.	4 1/2	91 1/2	—	
Magdeburg-Halberstädter.	4	—	112 1/2	
Niederschles.-Märkische.	3 1/2	—	70 1/2	
Prioritäts.	4	86	—	
Ober-Schlesische Litt. A.	5	—	98	
B.	3 1/2	—	91 1/2	
Rheinische.	—	—	—	
Stamm-Prioritäts.	4	—	—	
Prioritäts.	4	—	—	
Thüringer.	3 1/2	—	—	
Stargard-Posener.	3 1/2	—	—	70 1/2

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: G. Hensel.

Stadt-Theater.

Sonntag den 13ten Mai: Zampa, oder: Die Marmorbräut; große Oper in 3 Akten von Herold.

Gestern den 6. Mai schenkte mir meine Frau einen kräftigen Jungen. Diese Nachricht meinen lieben Verwandten und Freunden.
Eiglin, den 7. Mai 1849. Kruska.

Den am 10. Mai nach langen Leiden erfolgten Tod des Dr. med. J. L. Remack zeigen wir tief betrübt, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden ganz ergebens an.
Posen, den 10. Mai 1849.
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag Vormittags 8 Uhr statt.

So gereizt auch in gewisser Beziehung die hiesigen Zustände sein mögen und so sehr sie im Interesse des Staats und der Bewohner von Posen selbst einer kräftigen Ueberwachung bedürfen, so ist es gewiss um so erfreulicher, wenn sich nicht neben dem ungewissen und unsichern Ziel dieser oder jener Fraktion, der alte, wahrlich auf Vernunft und Erfahrung gebaute Patriotismus geltend macht. Als solchen betrachten wir die heutige Aufnahme des Samterischen Landwehr-Bataillons, welches in der erfreulichsten Stimmung und militärischen Haltung heute beim Durchmarsch von Seiten der Stadt mit einem Frühstück erfrischt ward. Die Kommandantur spricht daher im Namen des Bataillons und aller Gutsgefinnten dem so freundlichen Entgegenkommen der Stadt den verbindlichsten Dank aus.
Posen, den 10. Mai 1849.

Königliche Kommandantur.
von Steinacker.

Bekanntmachung.

Das im Schildberger Kreise, Regierungsbezirks Posen belegene, zu Johanni 1849 pachtlos werdende Vorwerk Parzchnow, soll mit den dazu gehörigen Gebäuden, mit dem Förster-Etablissement und mit der Parzchnower und Kobylagoraer Forst als ein Gutscomplex, das davon abgetheilte Krug-Grundstück von 3 Morgen 10 □ R., und eine abgetheilte Fläche von 208 Morgen 79 □ R., in 39 Parzellen zerlegt, sollen dagegen einzeln im Wege der öffentlichen Licitation an den Meistbietenden veräußert werden.

Das als ein Gut zu veräußernde Vorwerk mit den Forsten enthält:

- a) das Vorwerk:
Hof und Pausellen 8 M. 99 □ R.
Obstgärten 4 " 2 " "
Acker: 158 M. 149 □ R. III. Klasse (Gerstland)
469 Morg. 84 □ R. IV. Kl. (Haferland),
260 M. 138 □ R. V. Klasse (3jähriges Roggenland),
20 M. 38 □ R. VI. Klasse (3jähriges Roggenland),

- Sa. 909 M. 69 □ R.,
Wiesen in 12 Centner bis 3 Ctr. pro Morgen bonitirt, jedoch meist zu 12, 10 und 8 Cent. 68 M. 11 □ R.
Hütungen 32 M. 121 □ R.
Birkenschonung 8 M. 161 □ R.
Lehmgrube und Unland 12 M. 123 □ R.

Summa . . . 1040 M. 24 □ R.,

- b) das Förster-Etablissement mit Gebäuden . . . 14 M. 16 □ R.,
c) die urbaren Forstrodländer 259 M. 14 □ R.,
d) der bestandene Kobylagoraer Forst von 1178 Morg. 104 □ R.,

und der bestandene Parzchnower Forst von 940 Morgen

4 □ R.,
Summa von . . . 2118 M. 108 □ R.,
in ganzer Summe . . . 3431 M. 162 □ R.,
taxirt auf 36,070 Rthlr.

Das Kruggrundstück ist auf 600 Rthlr., die Parzellen von je 5 Morgen sind zu 30 Rthlr. bis 113 Rthlr. taxirt.

Die Festsetzung der Taxe ist noch dem Königl. Finanz-Ministerio vorbehalten, welche vor dem Veräußerungs-Termin erfolgen wird.

Zur Veräußerung haben wir nachstehende Termine vor dem Regierungs-Rath Meerklag in loco Parzchnow im herrschaftlichen Wohngebäude anberaumt:

- 1) auf den 15ten Juni Vormittags 10 Uhr zur Versteigerung des Vorwerks mit den Forsten n. von 3431 Morg. 162 □ R.,
2) auf den 16ten Juni c. Vormittags 8 Uhr zur Versteigerung des Kruggrundstücks und der kleinen Parzellen,
und laden Kauflustige hiermit ein. Nach 3 Uhr Nachmittags des Terminstages wird kein neuer Licitant zugelassen. Die Bietungs-Kautions besteht in einem Zehntheil des Meistgebots. Die Veräußerungsbedingungen können zu jeder Zeit in unserer Registratur, so wie auf dem Vorwerk Parzchnow beim Domainenpächter Sahn, in der Registratur des Rentamts in Schildberg und in den Registraturen der Königl. Regierungen zu Breslau und Liegnitz eingesehen werden.

Nachrichtlich wird bemerkt, daß von dem Kaufgeld des Vorwerks incl. Forsten ein Viertel binnen Jahresfrist und die letzte Hälfte binnen drei Jahren nach der Uebergabe zu entrichten ist.

Posen, den 27. April 1849.
Königliche Regierung,
Abtheilung für die directen Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachung.

Königl. Kreis-Gericht zu Posen.
Posen, den 5. Mai 1849.

Die Amalie geborne Glücksmann, Ehefrau des Kaufmanns Joel Munk, in Posen wohnhaft, Eigenthümers der hiesigen Material- und Specerei-Handlung L. Kaskel & J. Munk, Breitenstraße No. 23, hat die von diesem ihrem Ehemann in einer gerichtlichen Urkunde vom 6ten December 1847 erhaltene Procura und die Firma bei uns niedergelegt.

Bekanntmachung.

Es sollen auf dem hiesigen Rathhause gegen gleich baare Bezahlung 16 Centner alter Papiere verkauft werden. Zu diesem Behuf steht Termin auf den 14. d. Mts. Vormittags 9 Uhr an. Kauflustige werden eingeladen.
Posen, den 7. Mai 1849.
Der Magistrat.

Ein Lehrling findet sofort Aufnahme beim Friseur Caspari, Wilhelmsstrasse No. 8.

Sonnabend den 12. Mai Schinkenaußschreiben. Hauptgewinn ein Hinterviertel. Zander.

Französische Jaconets, Toile du Nord und Tibets in allen Farben empfiehlt zu billigen Preisen

Josidor Sänisch,

Wilhelmsstraße, Hôtel de Bavière, neben der Handlung des Herrn Wetter.

Commissions-Lager

von
Samburger und Bremer Cigarren bei

Josidor Sänisch,

Wilhelmsstr. No. 25.

Berlin: Oekonomie-Administratoren, Wirthschafts-Inspektoren, Forst- und Domänenbeamte, Rentmeister, Sekretäre, Braumeister, Hauslehrer, Fabrikanten, Pharmaceuten, Handlungs-Commiss und Buchhalter für Bankiers, Comptoirs, Fabriken, Manufakturen, Schnitten, Materialen, Reise- und sonstige Geschäfte können sehr gute und dauernde, mit hohem Gehalt verbundene Stellen erhalten und wollen sich baldigst brieflich wenden an die Agentur des Apothekers

Schulz in Berlin, Alexanderstraße No. 63.

Mit meiner seit 20 Jahren bestehenden
Schreib-, Zeichnen- und Malermaterialienhandlung.

habe ich mit Genehmigung der Königlichen Regierung eine

Verlagsbuchhandlung

verbunden.
Das wohlaffortirte Lager der ersten, sowie die Unternehmungen der letztern erlaube ich mir einem geehrten Publikum bestens zu empfehlen.
11. Neuestraße Louis W. erzbach.

Besten selten geräucherten Lachs, beste Messinaer Citronen, einzeln als auch kistenweise, hochrothe Mess. Apfelsinen, neue Smyrnac- und Kranzseigen und große und kleine Limb. Sahne-Käse offerirt billigt

Michaelis Peiser.

Frische grüne Pomeranzen à 1 Sgr. pro Stück und besten Tafel-Bouillon offerirt billigt
Michaelis Peiser,
in der Russischen Thee-Handlung.

Ein Wachtelhündchen, weiß mit braun und weißen Behängen, auf einem Auge blind, hat sich den 9ten Mai verlaufen. Wer ihn zurück bringt, erhält eine Belohnung von 5. Schulze im Casino.

Die Erfurter Hagelversicherungs-Gesellschaft
im Jahre 1844 auf Gegenseitigkeit begründet und schon jetzt aus 6200 Mitgliedern bestehend, wird dem geehrten Publikum zur Benutzung empfohlen.

Die zu zahlenden Beiträge werden nach Gegenstand und Gegend höher oder niedriger bestimmt, sie betragen beispielsweise im verflossenen, unglücksreichen Jahre trotz eines ganzen Nachschusses für Posen noch nicht halb so viel, als diejenigen der Schwedter Gesellschaft, und vermindern sich bei einigermaßen günstiger Witterung noch sehr erheblich.

Prospecte, Statuten und Antragsformulare liegen bei dem unterzeichneten Hauptagenten und den Agenten.

- Hrn. M. Abraham in Pudewitz.
- Apotheker Beckmann in Jutroschin.
- M. Berliner in Ostrowo.
- Buchwald in Birnbaum.
- Kaufmann Dannowski in Jarocin.
- Kaufmann Hedinger in Lissa.
- Hartmann in Bronke.
- Hrn. Salom. Schiff in Wollstein.
- Hrn. Kaufmann Jeenick in Dentschen.
- Kaufm. Kadzidłowski in Schrimm.
- Knappe in Krotoschin.
- Dettinger in Rakwitz.
- B. Piton in Wogrowiec.
- H. Reiche in Schwerin.
- M. D. Riemschneider in Rawicz.
- G. Müller et Comp., Sapieha-Platz No. 3.